

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

20. Juni 1985

Dem Mailänder Gipfel sieht Straßburg mit mehr Skepsis als Hoffnung entgegen

Von MICHAEL G. MÖHNLE

Bevor die Europäische Gemeinschaft den Sprung in die Zwölfer-Gemeinschaft mit Spanien und Portugal wagt, sollen am 28. und 29. Juni kräftig die Reformglocken geläutet werden. Zweimal hat ein italienischer Ratsvorsitz die EG aus einer Krise herausgeführt. Zwischen April und Juni 1980 legte der damalige Außenminister Emilio Colombo eine Lösung für das britische Haushaltsproblem vor, das die Gemeinschaft zu zerreißen drohte. Die diesjährige EG-Ratspräsidentschaft Italiens konnte bereits im März eines der größten Probleme zur Lösung bringen: die Süderweiterung. „Die Sogwirkung der Einigung über die Süderweiterung wird auch den Mailänder Gipfel erfassen. Die Chancen für eine echte Reform der Europäischen Gemeinschaft sind nicht so schlecht“, so Otto von Habsburg, Obmann der Europäischen Volkspartei im Politischen Ausschuß, zur Lage.

Noch ein Umstand setzt den Gipfel von Mailand unter Zugzwang. Am 22. Mai hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg den EG-Ministerrat wegen Untätigkeit in der gemeinsamen Verkehrspolitik regelrecht verklagt. Das Parlament hatte diese Klage angestrebt, um über den europäischen Rechtsweg die zehn nationalen Verkehrsminister nach jahrelanger Entscheidungsunfähigkeit zum Handeln zu zwingen. Gemäß Artikel 176 des EWG-Vertrages muß nun der Rat innerhalb angemessener Frist erforderliche Maßnahmen ergreifen. Wenn der Mailänder Gipfel keinerlei wirklich durchgreifende Reformen erzielt, drohen dem Ministerrat erneute Klagen vor Europas Gerichtshof.

Was wird nun in Mailand zur Entscheidung anstehen? Zwei Berichte liegen den Staats- und Regierungschefs bereits vor. Der eine wurde unter Vorsitz des irischen Senators James Dooge über „Institutionelle Fragen“ der EG verfaßt, der andere

unter Vorsitz des ehemaligen italienischen Europa-Abgeordneten Pietro Adonnino „Für ein Europa der Bürger“. Der Dooge-Bericht gliedert sich in drei Schwerpunkte. Wichtigste Forderung ist, daß der EG-Ministerrat wieder zu Mehrheitsentscheidungen, wie es die EWG-Verträge vorsehen, zurückfindet. Das Veto – die Berufung auf ein vitales nationales Interesse – soll in einem objektiven Verfahren nachprüfbar sein.

Die Einstimmigkeitsregel im Ministerrat hat bisher jede Weiterentwicklung der EG blockiert. Über 300 Richtlinien und Verordnungen liegen unbeschrieben in den Schubladen des Ministerrates in Brüssel. Heinrich Aigner, Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle im Europäischen Parlament, konnte nachweisen, daß der Rat im Schnitt für eine

fällt alles, was bisher die EG-Bürger auf ihren Reisen in Rage gebracht hat: übertriebene Kontrollen an den Binnengrenzen der EG, Begrenzung mitgeführter Waren, Treibstoffabgabe für Reisebusse, Doppelbesteuerung für persönliche Güter und vieles mehr. Das Parlament selbst verabschiedete schon im Februar 1984 einen Vertragsentwurf zur europäischen Union. Es fordert nun, daß der Mailänder Gipfel eine Konferenz der zehn EG-Regierungen einberuft, mit dem Mandat, bis Ende November dieses Jahres einen endgültigen Unionsvertrag vorzulegen, der sowohl das Dooge-Papier, als auch den eigenen Entwurf berücksichtigt. Die Kernforderung des Europäischen Parlaments ist, daß es gleichberechtigt neben dem Ministerrat die Gesetzgebung mitentscheidet.

All diese Forderungen dürften in Mailand freilich kaum eine Chance haben, angenommen zu werden. Selbst im Parlament in Straßburg ist man diesbezüglich sehr skeptisch.

Es wird für Bettino Craxi und seinen Außenminister Andreotti nicht leicht sein. In vielen Fragen hat der italienische Ministerpräsident Kohl und Mitterrand auf seiner Seite. Auch die Beneluxstaaten wollen den Reformkurs mithalten. Einzig Dänemark, Griechenland, Großbritannien und in einigen Fällen Irland melden Bedenken an. Das heißt, die sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft sind bereit, Europa weiterzuentwickeln. Ist dies das Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Der italienische Ministerpräsident kann aber in Mailand nur dann einen Reformkurs steuern, wenn ihm der deutsche Bundeskanzler und der französische Staatspräsident den Rücken frei halten. Eines wird wohl geschehen müssen: die Einsetzung der Regierungskonferenz zur Ausarbeitung eines neuen EG-Vertragstextes.

DIE ANALYSE

Entscheidung mehr als 26 Monate benötigt. Dies ist der wahre Grund für das bürokratische Auf-der-Stelle-Treten der EG. Walter Hallstein, Präsident der ersten EG-Kommission, einmal: „Die EG ist wie ein Radfahrer – wenn er stehenbleibt, fällt er um.“

Der Dooge-Bericht will auch dem Europäischen Parlament ein stärkeres Mitentscheidungsrecht beim Gesetzgebungsverfahren und im Bereich der Eigeneinnahmen zuerkennen. Schließlich soll die Zusammenarbeit in der Außenpolitik ausgeweitet werden. Die bisherige Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) soll ein eigenes Sekretariat bekommen, das die außenpolitischen Aktionen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft koordiniert. Auch Fragen der Sicherheitspolitik der EG sollen hier eingegliedert werden.

Der erfahrene Europäer Adonnino hat ein Paket für ein „bürgernahes Europa“ geschnürt. In diesen Bereich